

Kretschmanns Brief enttäuscht

Den Betroffenen vom Radikalenerlass fehlt eine echte Entschuldigung – Auch finanzielle Entschädigungen werden weiterhin gefordert

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Große Enttäuschung über das „Bedauern“ des Ministerpräsidenten: So lässt sich die erste Reaktion der Betroffenen auf den „Offenen Brief“ in Sachen Radikalenerlass

wohl am besten beschreiben, mit dem Winfried Kretschmann (Grüne) am Donnerstag an die Öffentlichkeit ging.

„Es hat uns sehr verwundert, dass er auf unsere Forderungen eigentlich gar nicht eingeht“, sagt Martin Hornung. Der 75-jährige Eppelheimer gehört zu denjenigen, deren Schicksal auch im Heidelberger Forschungsband aufgearbeitet wird. Der angehende Lehrer hatte 1975 eine Erklärung unterzeichnet, in der er über den „Schliess-Erlass“, die baden-württembergische Variante des Radikalenerlasses, urteilte: „Das ist nichts als Erpressung.“ In den Schuldienst kam er in der Folge nicht mehr, eine langwierige rechtliche Auseinandersetzung konnte er sich nicht leisten. Stattdessen arbeitete er



Der Eppelheimer Martin Hornung ist enttäuscht. F.: Rothe

letztlich als Maschinenarbeiter bei der Heidelberger Firma Grau-Bremse (später Haldex), wo er bis zur Verrentung blieb – zuletzt als Betriebsratsvorsitzender.

Eine klare Entschuldigung, Entschädigung und politische Rehabilitierung – das seien ihre Erwartungen gewesen, so Hornung. Doch statt einer Entschuldigung gebe es vom Ministerpräsidenten nur dessen „Bedauern“ für die Geschehnisse. Und das auch nur für einen Teil der Betroffenen. „Diese Aufteilung in ‚Gute‘ und ‚Böse‘ ist für uns sehr fragwürdig“, so Hornung. „Mir ist eigentlich niemand bekannt, der zu Recht ein Berufsverbot bekommen hat.“ Es sei niemals um tatsächliche Fehler, um Vergehen im Dienst gegangen, die zu einer Entlastung berechtigt hätten. Sondern immer nur um „politische Gesinnung“. „Das sind Prognosen, die sich nicht auf Verhalten, sondern politische Meinung beziehen. Das ist nicht zulässig.“

Irritiert schaut Hornung auch auf die Passagen, in denen der Ministerpräsident sich grundsätzliche Gedanken zur wehrhaften Demokratie macht. „Die Gefahren, die im politischen Extremismus unserer Zeit lauern, sind unübersehbar“, schreibt Kretschmann da. Er verweist auf Rechts-extremisten, „militante Verschwörungsideologien“ oder Reichsbürger.

„Wir wollen mit solchen Leuten nicht in einen Topf geworfen werden“, verwahrt sich Hornung zunächst grundsätzlich gegen solche Vergleiche. „Eine Ohrfeige, eine Verhöhnung“ sei es für die mehrheitlich politisch links eingestellten Betroffenen des Radikalenerlasses, wenn ihr Schicksal jetzt in einem Atemzug mit solchen Extremisten genannt werden. Und konkret: „Wenn ein Polizist Naziparolen verbreitet, kann man ihn mit dem Disziplinarrecht und dem Beamtenrecht belangen. Konkret aufgrund von Taten. Da braucht man keinen ‚Radikalenerlass‘.“

Wichtigstes Thema der nächsten Tage, bis hin zum persönlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten am 8. Februar in Stuttgart, wird für die Betroffeneninitiative aber die Frage nach einer Entschädigung bleiben. „Auf keinen Fall können wir akzeptieren, dass jemand, der heute in Altersarmut lebt, nicht entschädigt wird“, sagt Hornung.

Er selbst sei auf finanzielle Unterstützung nicht angewiesen, er geriet durch das frühe Aus seiner Pädagogenkarriere nicht in Existenznot. Doch bei anderen sei das deutlich anders. Hornung nennt beispielsweise den Fall von Reinhard Gebhardt, der nach der Ablehnung für den Schuldienst erst in Heidelberg-Pfaffengrund eine Ausbildung als Schweißer

macht, nach der Schließung der Firma aber nur noch in prekären Jobs und Hartz IV unterkommt. „Der hat heute 680 Euro Rente.“ Oder Sigrid Altherr-König, die nach ihrer Entlassung 1983 13 Jahre lang kämpfte, bis sie wieder an die Schule durfte. Laut GEW-Rechnung fehlen ihr durch diese „Zwangspause“ letztlich rund 900 Euro an Pension.

„Wir hoffen, dass wir Herrn Kretschmann klarmachen können, was es wirklich heißt, von einer solchen Rente zu leben – durch eine Maßnahme, die Unrecht war“, sagt Hornung.

Sollte der Ministerpräsident sich nicht überzeugen lassen, hoffen die Betroffenen noch auf den Landtag. Entsprechende Forderungen gibt es auch von den großen Gewerkschaften – DGB, Verdi, GEW. „Wir erwarten eine Entschuldigung“, sagt beispielsweise der DGB-Vorsitzende Kai Burmeister. „Genauso erwarten wir eine Entschädigung für all diejenigen, die durch die Berufsverbote herbe materielle Einbußen erlitten haben. Das Land muss jetzt einen Entschädigungsfonds auflegen.“ Ob das aber klappen wird? Die SPD hatte bereits im Dezember einen Antrag für einen Entschädigungsfonds in die Haushaltsberatungen eingebracht – war damit aber an der grün-schwarzen Regierungsmehrheit gescheitert.